

Bundesminister für Ernährung
und Landwirtschaft
Herrn Cem Özdemir
11055 Berlin

Myriam Rapior
stellv. Vorsitzende

Fon: 030 275864
Fax: 030 27586460
myriam.rapior@bund.net

29. September 2023

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in diesen Tagen wird Erntedank gefeiert. Ein traditionelles Fest, bei der Dankbarkeit über die Gaben der Natur im Vordergrund steht. Erntedank ist daher auch Anlass, über unseren Umgang mit Natur nachzudenken. Was bringen wir in den Naturkreislauf ein und welche Auswirkungen hat das?

Da fällt der Blick zügig auf Pflanzenschutzmittel. Insgesamt rund 30.000 Tonnen Pestizide landen jährlich auf Äckern, Weiden, in Wäldern, Kommunen und Gärten, davon rund 4.000 Tonnen Glyphosat – seit Jahren nehmen die Einsatzmengen nicht ab. In der Konsequenz hat die EU-Kommission in ihrer Farm to Fork Strategie die Reduktion des Pestizideinsatzes um 50 Prozent bis 2030 als Ziel gesetzt.

Glyphosat ist der wohl bekannteste und am meisten eingesetzte Wirkstoff. Ein Totalherbizid, das alles Grün vernichtet, was nicht dafür passend gentechnisch verändert ist – und über dessen Wiedertzulassung Sie auf EU-Ebene bald mitbestimmen werden.

Mehr als 60.000 Bürgerinnen und Bürger haben eine BUND-Petition unterschrieben und eine dringende Pestizidreduktion sowie ein NEIN zu Glyphosat gefordert. Wir hoffen, dass die deutsche Position die Vereinbarung im Koalitionsvertrag, Glyphosat Ende 2023 vom Markt zu nehmen, widerspiegelt.


Sehr geehrter Herr Bundesminister, bitte stimmen Sie mit einem klaren Nein bei der Abstimmung. Eine Enthaltung wäre zu wenig und könnte von der Kommission als falsches Signal in Richtung Wiedertzulassung gewertet werden.

Denn Glyphosat verursacht weitreichende negative Effekte auf ganze Nahrungsnetze und Ökosysteme. Der Wirkstoff schädigt zudem Nützlinge wie Bienen, Regenwürmer und Frösche direkt und stört das Mikrobiom im Boden. Zusätzlich zu den Umweltschäden gilt Glyphosat als wahrscheinlich krebserregend und neurotoxisch beim Menschen und kann oxidativen Stress verursachen.

Auch der Bericht der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) ignoriert zahlreiche unabhängige Studien zu den Risiken des Unkrautvernichters. Dennoch werden Datenlücken eingeräumt. Im Sinne des Vorsorgeprinzips und aufgrund seiner zahlreichen Gefahren darf Glyphosat nicht mehr zugelassen und eingesetzt werden.

Die Alternativen sind seit langem bekannt und werden im Ökolandbau seit Jahrzehnten erfolgreich angewandt. Der BUND fordert, dass Bäuerinnen und Bauern beim Einsatz von agrarökologischen Maßnahmen wie breiter Fruchtfolge, Mischkulturen und nichtchemischen Alternativen wie Striegeln und Grubbern finanziell und mit Beratung unterstützt werden. Nur so kann eine sozial-ökologische Transformation in der Landwirtschaft gelingen und eine resiliente Landwirtschaft für die Zukunft möglich sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Myriam Rapior'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Myriam Rapior
stellv. Vorsitzender des BUND